



Grafik: Wandel Hoefler Lorch GmbH

## Archäologische Zone und Jüdisches Museum

# Der Vollendung ein gutes Stück näher!

Bereits im Herbst 2013 fanden mehrere Workshops zur weiteren Entwicklung der Archäologischen Zone und des Jüdisches Museum statt. Daran waren Architekturbüro Wandel, Hoefler und Lorch, der externe Projektsteuerer, Vertretungen der Stadt Köln und des Landschaftsverbands Rheinland (LVR) beteiligt. Das Ergebnis kann sich sehen lassen.

### Weiterentwicklung

Denn die vorliegenden Umplanungen bilden eine gelungene Synthese zwischen der Notwendigkeit, Kosten zu sparen und der Weiterentwicklung und Optimierung der Entwurfsplanung. Aufgrund der zeitlichen Verzögerung des Baubeginns ist das Projekt von allgemeinen Baupreissteigerungen betroffen. In den Workshops wurden nun Einsparmöglichkeiten von ca. 6 Millionen Euro identifiziert.

### Grabungskosten

Nach Abschluss der Umplanung sorgte dann die Überprüfung der bereits erfolgten Grabungsarbeiten für Wirbel. Statt der vom Rat in 2011 für Grabungen be-

reitgestellten 2,31 Mio. € wurden nach bisherigen Erkenntnissen 7,29 Mio. € verausgabt. Nicht nur viele Ratsmitglieder wunderten sich über die nicht enden wollenden Grabungsaktivitäten des Ex-Grabungsleiters Dr. Sven Schütte. Leider wird noch einige Zeit vergehen, bis der externe Projektsteuerer 4.000 Grabungsrechnungen im Detail überprüft hat. Diese Kostentransparenz wird aber zu recht gefordert - von Gegnern wie von Befürwortern des Projekts und nicht zuletzt vom Fördergeber Land.

### Neuer Eingangsbereich

Die neuesten Planungsüberlegungen greifen auch die Kritik vieler Befürworter auf, nämlich den Eingangsbereich direkt auf die Rathausebene zu verlegen. Zum einen ist es Besuchenden nur schwer zu vermitteln, dass sie zum Alter Markt gehen müssen, um in ein Museum vor dem Rathaus zu gelangen. Zum anderen forderten vor allem Archäologen, dass man in eine archäologische Zone von oben herab steigen müsse.

Die kölnische Geschichte in ihrer zeitlichen Abfolge erschließt sich im Rundgang durch die zeitlich verschiedenen Schichten: von

der Römerzeit, über die Frankenzeit, das Mittelalter mit der jüdischen Geschichte bis zur Neuzeit. Diese museale Darstellung versinnbildlicht den untrennbar geschichtlichen Zusammenhang zwischen den antiken Ausgrabungen und der jüdischen Geschichte im Rheinland.

### Via Culturalis

Zudem erlebt das Museum eine stärkere Einbindung in die Via Culturalis: den Weg vom Dom über das Rathaus bis zu Maria im Kapitol, der in den nächsten Jahren städtebaulich aufgewertet werden soll.

Zurzeit arbeiten die Fachleute von Stadt und LVR mit den Architekten an den noch offenen Fragen, die sich aus der Umplanung ergeben: die Abläufe, die Erschließung, notwendige Nebenflächen und die Unterbringung von Museumspädagogik. Gleichzeitig laufen die Ausschreibungen für die ersten Hochbaumaßnahmen. Alle Beteiligten arbeiten mit Elan und Schwung am gemeinsamen Ziel, ein in Europa einzigartiges Museum zu bauen, in dem die Besuchenden die historische Dichte des Rheinlandes authentisch erleben können.

*Brigitta von Bülow / Barbara Moritz*

## Bezahlbares Wohnen

Der Rat hat am 17.12.2013 das „Koope-  
rative Baulandmodell Köln“ beschlos-  
sen. Es beinhaltet eine differenzierte  
stadtweite Quote von mindestens 30%  
öffentlich-geförderten Wohnungsbaus  
und eine Mietpreisbindung von bis zu  
6,25 Euro/qm.



Foto: Oliver Mostert

Auf dem freien Wohnungsmarkt betra-  
gen die Mieten 10 Euro/qm aufwärts.  
Die Angebotslücke zwischen preisge-  
bundenem und freifinanzierem Miet-  
wohnungsbau wollen die GRÜNEN für  
Menschen mit mittlerem Einkommen  
abmildern. Das mittlere Mietpreisseg-  
ment soll gestärkt werden. Deshalb  
soll die bisherige Rabattierung beim  
Verkauf von städtischen Grundstücken  
für Wohnungsbau auf eine Mietpreis-  
bindung von bis zu 10 Euro/qm über-  
tragen werden. Bei einer Verpflichtung  
des Investors, über 15 Jahre lang einen  
Mietpreis zwischen 6,25 Euro und 10  
Euro zu garantieren, kann eine Rabat-  
tierung des Verkehrswertes von bis zu  
20% erfolgen.

Zukünftig soll der Verkauf von städtischen  
Grundstücken verstärkt in Konzeptver-  
gabe erfolgen. Die Stadt kann so in den  
Quartieren Wohnformen fördern, die sich  
an den Bedürfnissen vor Ort orientieren.  
Der Verkauf städtischer Wohngrund-  
stücke soll verstärkt für die Wohnungs-  
bauziele eingesetzt werden, attraktive,  
dynamische Stadtteile mit einer ausgewo-  
genen sozialen Mischung zu erhalten und  
zu schaffen. Daher soll die Grundstücks-  
vergabe grundsätzlich auf Basis städte-  
baulicher, wohnungspolitischer und sozi-  
aler Bewertungskriterien erfolgen.

Dieser Antrag wird von GRÜNE, SPD  
und CDU in der Ratssitzung am 8. Ap-  
ril gemeinsam gestellt und ergänzt die  
städtischen Maßnahmen, mehr bezahl-  
baren Wohnraum zu schaffen. Der Be-  
schluss soll einen weiteren Beitrag zur  
sozialen Mischung in den Stadtteilen  
leisten und attraktiven Mietwohnungs-  
bau fördern. Wachsende Städte - wie  
Hamburg und München - tun dies be-  
reits, in dem sie solche Instrumente an-  
wenden. *bm*

## Standortentscheidung zum Justizzentrum

### Alle gewinnen

Der Standort des neuen Justizzent-  
rums soll in unmittelbarer Nähe des  
alten Standorts an der Luxemburger  
Straße liegen. Das wird der Rat am 8.  
April mit breiter Mehrheit entscheiden.  
Damit findet ein länger schwelender  
Konflikt ein gutes Ende, bei dem es  
nur Gewinnende gibt.

Der Bau- und Liegenschaftsbetrieb  
NRW (BLB) favorisierte das von ihm  
gekaufte Dombrauerei-Areal an der  
Alteburger Straße in Bayenthal. Da-  
mit wäre die geplante Weiterführung  
des inneren Grüngürtels massiv ein-  
geschränkt worden. Auch die anderen  
Vorhaben des Entwicklungskonzepts  
Südliche Innenstadtweiterung  
(ESIE) wären Makulatur geworden.  
Es hätte ein monostrukturell gepräg-  
ter Behördenkomplex gedroht. Das ist  
nun endgültig vom Tisch. Nun besteht  
weiterhin die Entwicklungschance  
für ein vitales Stadtquartier mit dem  
Schwerpunkt Wohnungsneubau.

Der Neubau des Justizzentrums wird  
nun so geplant, dass die Carl-Nipperdey-  
Straße verschwindet und dadurch

geplante Verlängerung des inneren  
Grüngürtels sogar größer realisiert  
und das römische Gräberfeld als Bo-  
dendenkmal gesichert werden. Dies  
zeigt die Machbarkeitsstudie des BLB,  
die aktuell mit dem Planungsdezernat  
der Stadt Köln abgestimmt wird.

Der BLB hat die Standortalternative  
an der Carl-Nipperdey-Straße kürz-  
lich ins Spiel gebracht. Das Einlenken  
des BLB und Zustandekommen des  
Ratsbeschlusses ist auch ein Erfolg  
des großen Engagements vieler Bür-  
gerinitiativen im Kölner Süden gegen  
den Standort in Bayenthal. Die grüne  
Ratsfraktion hat sich erfolgreich dafür  
eingesetzt, eine solche Fehlentschei-  
dung zu verhindern. Die GRÜNEN in  
der Bezirksvertretung Lindenthal/Sülz  
machten hilfreiche Vorschläge für den  
Standort an der Carl-Nipperdey-Stra-  
ße, um einen Eingriff in den Grüngür-  
tel zu vermeiden.

Die Nutzung des alten Justizgebäudes  
für Studierendenwohnungen wäre  
sehr sinnvoll. Auch ist nachvollziehbar,  
dass durch die Weiternutzung des al-



Foto Brache an der Carls Nipperdey Straße: Oliver Mostert

tebaut werden kann. Der Justizbau  
wird höher als sechs Geschosse sein  
und somit Grundfläche sparen. Die  
derzeitige Parkplatzfläche der Jus-  
tizbehörden wird bebaut. Die gute  
Anbindung an den öffentlichen Nah-  
verkehr ermöglicht eine deutliche Re-  
duzierung der Stellplätze für das neue  
Justizzentrum.

Von großem Vorteil ist, dass so die

ten Gebäudes der Staatsanwaltschaft  
ein Kostenvorteil für den BLB entsteht.  
Allerdings sollte der BLB seine Stand-  
ortbewertungen dem Rat und der Öff-  
entlichkeit erklären. Immerhin hat die  
Verwaltung sinnvolle Standorte vorge-  
schlagen. Für die Zukunft wäre wün-  
schenswert, dass auch Landesbehör-  
den eine frühzeitige Bürgerbeteiligung  
ermöglichen. *Jörg Frank*

## „Investieren in Energieeffizienz wirkt wie ein Konjunkturprogramm“



Foto: Stadt Köln

Interview mit der Kölner Umweltdezernentin Henriette Reker

**RR:** Der Rat hat Ende 2011 beschlossen, in Köln ein Zentrum für Energieeffizienz (ZEFF) einzurichten. Was leistet ein ZEFF für den Klimaschutz?

**Henriette Reker:** Im ZEFF können die Beratungskompetenzen von Handwerkskammer, Verbraucherzentrale, Industrie- und Handelskammer, Sparkasse, Rheinenergie AG und anderen Akteuren unter einem Dach gebündelt werden. Die in städtischer Regie geführte und zentral gelegene Beratungsstelle ist unabhängig und neutral. Das macht

sie förderfähig beim Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle. Dadurch würden eine kostenlose Erstberatung und eine kostengünstige Fortsetzung der Beratung ermöglicht.

**RR:** Es gibt in Köln ja bereits verschiedene Beratungsangebote für Klimaschutz und Energieeffizienz, unter anderem durch die Verbraucherzentrale. Inwiefern bringt das ZEFF einen Mehrwert gegenüber den bereits bestehenden Angeboten?

**Reker:** Der Mehrwert ist die Bündelung der Beratungskompetenzen, der Bekanntheitsgrad und die Akzeptanz einer solchen Einrichtung. Die Verbraucherzentrale soll ihre Energieberatung gemeinsam mit den anderen Akteuren unter dem Dach des ZEFF anbieten. Die Verbraucherzentrale ist Teil des Kompetenzteams und kann bei Fragestellungen unmittelbar weiterverweisen.

**RR:** Die Verbraucherzentrale kann das ZEFF also nicht ersetzen?

**Reker:** Die Verbraucherzentrale kann die Leistungen des ZEFF nicht ersetzen, weil sie nicht so umfassend ist, weder in ihrer Zielgruppe - wie der Name Verbraucher schon sagt - noch in ihrer Vielseitigkeit. Handwerksbetriebe und kleine und mittelständische Unternehmen werden nicht angesprochen. Ebenso wird der im ZEFF vorgesehene Fachaustausch nicht gewährleistet.

**RR:** Angesichts der angespannten Haushaltslage in Köln stellt sich die Frage nach dem Kosten-Nutzen-Verhältnis für das ZEFF aus öffentlicher und volkswirtschaftlicher Perspektive. Sind die städtischen Mittel im ZEFF gut angelegt?

**Reker:** International renommierte Gutachter empfehlen ein solches neutrales Beratungsangebot auch für Köln. In Aachen, Bonn, Düsseldorf und auch kleineren Kommunen gibt es das schon. Es ist erforderlich, um eine mögliche CO<sub>2</sub>-Einsparung als Klimaschutzziel zu erreichen. Statt wenigen hundert kommen mehrere tausend Beratungsgespräche zustande. Telefonberatung kann das nicht leisten. Die daraus folgenden Investitionen wirken wie ein Konjunkturprogramm. Sie schaffen Arbeitsplätze und generieren Steuereinnahmen.

## „Wir sind offen, uns in einem Energienetzwerk zu engagieren“



Foto: Stephan Röhl

Interview mit Klaus Müller, Vorstand der Verbraucherzentrale NRW

**RR:** Was sind nach Ihrer Einschätzung die zentralen Themen, denen sich die Verbraucherzentralen in NRW zukünftig stellen sollen?

**Klaus Müller:** Unsere Beratungsstellen sind das Herz unserer Organisation und unser Ohr für die Anliegen der Verbraucherinnen und Verbraucher. An drängenden Themen wird es bei der Verbraucherberatung auch künftig nicht mangeln: Eine qualifizierte und umfassende Beratung zu Finanz- und Kreditthemen sowie zur finanziellen Altersvorsorge ist ebenso gefragt, wie die aufklärende Hilfe bei neuen Produkten und Dienstleistungsangeboten auf dem

Multimedia-, Telekommunikations- und Energiemarkt, um nur drei Beispiele zu nennen.

**RR:** Klimaschutz und die Energiewende: Welchen Beitrag können die Verbraucherzentralen konkret leisten?

**Müller:** Die Verbraucherzentrale NRW bietet zum Thema Energie und Klimaschutz für Privathaushalte vor Ort eine ganze Menge: Mit Bildungsaktionen in Schulen, Vorträgen, Infoständen und in erster Linie mit individueller Energieberatung in unseren Beratungsstellen und bei Ratsuchenden zu Hause möchte die Verbraucherzentrale private Konsumenten beim Energie- und Geldsparen unterstützen und sie für den Klimaschutz sensibilisieren. In Köln haben wir unsere Aktivitäten vor zwei Jahren durch die Einrichtung einer neuen Energieberatungsstelle deutlich verstärken können.

**RR:** In Köln wird über eine institutionelle Kooperation von Stadt, regionaler Wirtschaft und dem kommunalen Energieversorger in Sachen Energieberatung diskutiert. Ist dies ein Modell, an dem sich die Verbraucher-

zentrale NRW beteiligen würde?

**Müller:** Die Verbraucherzentrale NRW ist über ihre Energieberatungsstellen in zahlreiche lokale Netzwerke quer durch NRW eingebunden. Deshalb sind wir auch in Köln dafür offen, dass sich unsere Energieberater vor Ort in einem Energienetzwerk engagieren. Unserer Erfahrung nach lassen sich dabei wertvolle Synergieeffekte erzielen.

**RR:** Was ist aus Ihrer Sicht in Köln vorstellbar, um mehr Menschen als bisher unmittelbar zu erreichen?

**Müller:** Unsere Beratungsleistungen werden in Köln so stark nachgefragt, dass wir weitere Beratungskapazitäten einrichten könnten, um den Nachfragebedarf zu decken. Dabei haben wir vor allem Zielgruppen im Blick, die womöglich den Weg in eine Beratungsstelle scheuen. Wir würden gerne die Menschen - vor allem diejenigen mit geringem Einkommen, die älter sind oder die aus einem anderen Land kommen und hier Fuß fassen wollen - konkret dort erreichen, wo sie sich befinden. Diese Verbraucherberatung im Quartier könnte zumindest in puncto Rechtsberatung das gleiche Leistungsspektrum wie in unserer stationären Beratung anbieten. Denkbar wäre eine solche Lösung für die Kölner Stadtbezirke Kalk, Deutz, Mülheim, Porz und/oder Chorweiler.

# Rat im Rückblick

von Ratsreporter Ignatz Igel

Am 8. April tagte der Kölner Rat zum letzten Mal in dieser Wahlperiode und behandelte in zehn Stunden bis tief in die Nacht über 160 Tagesordnungspunkte. Die wichtigsten Ergebnisse im Überblick:

## Neue Flüchtlingsunterkünfte

Nach hitziger Debatte hat die rot-grüne Mehrheit und die Linke gegen CDU, FDP und Rechtsextreme weitere dringend notwendige acht Standorte zur Flüchtlingsunterbringung beschlossen. Dort werden nun abgeschlossene Wohnhäuser mit Sanitär- und Kochbereich gebaut, die den 2004 vom Rat aufgestellten Leitlinien zur humanen Flüchtlingsunterbringung entsprechen. Zudem wird die Stadt die Integration der Flüchtlinge durch ein umfangreiches Betreuungsangebot fördern. Die GRÜNEN begrüßen ausdrücklich das beschlossene Projekt zur außerschulischen Betreuung durch ehrenamtliche Patinnen und Paten. Die GRÜNEN bedanken sich bei den zahlreichen bürgerschaftlichen Initiativen, die eine Willkommenskultur für Flüchtlinge unterstützen.

## Neues Justizzentrum

Der Rat hat mit breiter Mehrheit den Standort für das neue Justizzentrum in der Nähe des alten festgelegt. Damit findet ein schwieriger Konflikt ein gutes Ende. Ein Justizkomplex in Bayenthal ist damit endgültig vom Tisch (Siehe Seite 2).

## Integriertes Klimaschutzkonzept

Nach langer und kontroverser Beratung in und außerhalb der Ausschüsse verständigten sich GRÜNE und SPD als Kompromiss auf eine Prioritätenliste von 13 Einzelmaßnahmen für 2014. Die Verwaltung soll dafür einzelne Beschlussvorlagen vorlegen. Somit können jetzt auch weitere EU-Fördermittel beantragt werden. Eine Maßnahme ist die energetische Altbauinsanierung, die einem sehr hohen CO<sub>2</sub>-Einspareffekt leistet. Die Verwaltung wurde beauftragt, im Rahmen ihrer Beratungsaktivitäten gegenüber Hauseigentümern und Bauherren verstärkt für vorhandene Förderprogramme, z.B. das KfW-Förderprogramm sowie Programme von NRW-Urban und NRW-Bank zu werben. Auf eine kommunale Spitzenfinanzierung wird wegen der angespannten Haushaltslage verzichtet. Für die GRÜNEN ist wichtig, dass der Rat endlich ein Klimakonzept mit insgesamt 79 Maßnahmen zur CO<sub>2</sub>-Reduzierung billigte. Fazit: Nur starke GRÜNE können für wirkungsvolle kommunale Klimaschutz-

maßnahmen sorgen.

In den vergangenen Jahren hat der Rat im Energiesektor bereits eine Reihe von Klimaschutzmaßnahmen umgesetzt, z.B. KfW-Energiesparhaus 40 als Standard beim Verkauf städtischer Grundstücke für Wohnungsbau, elf Solarsiedlungen, die Umsetzung des Projektes „Planen mit der Sonne“, den Bau des GuD-Heizkraftwerks Niehl 2 und die Initiative „Energie und Klima 2020“ der RheinEnergie AG.

## Keine Gebührenerhöhung

Der Rat hat die geplante Erhöhung der Friedhofsgebühren um 7% zurückgewiesen. Der beschlossene rot-grüne Antrag verlangt eine grundlegende Untersuchung, um der weiter ausufernden Erhöhung der Friedhofsgebühren ein Ende zu setzen. So sollen der mittelfristige Friedhofsbedarf, die Pflegekosten für Grünflächen, die nicht den Grabstätten direkt zugeordnet werden, offengelegt werden.

Entgegen der Verwaltungsposition beschloss der Rat QR-Codes auf Grabsteinen zu erlauben. So können Informationen über Verstorbene via Internet abgerufen werden. Auf Vorschlag der GRÜNEN kann nun auch auf Friedhöfen in Schrittgeschwindigkeit geradelt werden.

## Mehr Wohnungsbauförderung

Mietwohnungen in mittlerer Preislage und alternative Wohnformen sollen stärker gefördert werden. Der Rat billigte den Ratsantrag „Mietwohnungsbau stärken“ (siehe Seite 2). Beim Grundstücksverkauf ist zukünftig nicht mehr allein der Preis sondern auch das vorab vom Rat gewünschte Wohnkonzept für die Vergabe entscheidend. So haben Mehrgenerationenwohnen, Interkulturelles Wohnen, inklusive Wohnprojekte, genossenschaftliche Wohnformen oder Wohnen für Studierende und Auszubildende mehr Chancen.

## Mehr Bildungsinvestitionen

Der Rat billigte Schulbau-Investitionen von über 268 Mio. Euro. Auch das Schulzentrum in Weiden wird endlich gebaut – allerdings im ÖPP-Verfahren, das die GRÜNEN aufgrund der gemachten Erfahrungen ablehnen. Aber ein Verzicht auf ÖPP hätte zu zwei Jah-

ren zusätzlicher Verzögerung geführt. Nach 8 Jahren Planungszeit wäre dies für niemanden zumutbar gewesen. Die Stellen für die Schulsozialarbeit werden bis Ende 2014 verlängert. Der Rat billigte den weiteren Ausbau des Offenen Ganztags um 2.500 Plätze.

## Mehr EU-Förderung

Die GRÜNEN erwarten, dass der Oberbürgermeister die „Europa-Kompetenz“ der Stadtverwaltung ausbaut. Auf rot-grüne Initiative beschloss der Rat, die Netzwerkarbeit gegenüber den EU-Institutionen, das Monitoring der EU-Förderkulisse und den operativen Förderantragsprozess besser aufzustellen. Das Ziel ist, die Quote der eingeworbenen Fördermittel für die Stadt Köln zu erhöhen. Die FDP wärmte ihren alten „Europa“-Antrag von 2009 auf, der aber versenkt wurde.

## Mehr Kompetenzen

Als sehr ärgerlich kritisierten die GRÜNEN, dass die Diskussion im Rat um konkrete Kompetenz-Erweiterungen für die Bezirksvertretungen (BVs) stagniert. Eine unzureichende Verwaltungsvorlage zur Änderung der Zuständigkeiten wurde vom Stadtdirektor Mitte 2013 zurückgezogen. Statt aus der fraktionsübergreifenden Kritik von acht Bezirksvertretungen Konsequenzen zu ziehen, tauchte die Verwaltung ab. Aber auch eine breite politische Mehrheit zur Übertragung von mehr Zuständigkeiten an die BVs ist im Rat derzeit nicht erkennbar. Nun wurde zumindest beschlossen, das Verfahren wieder aufzunehmen. Die Verwaltung muss in 2014



Foto: Regina Kobold

einen Vorschlag vorlegen. Der neu gewählte Rat steht dann vor einer wichtigen Aufgabe.

Mehr Infos und Ratsbeschlüsse im Wortlaut:

<http://www.gruenekoeln.de/ratsfraktion/rat-im-rueckblick-08-april-2014>

## Zukunftsweisende Investitionen in Schulen

# Ein großer Wurf

**Der Rat trifft am 8. April ohne Übertreibung wegweisende Schulbau-Entscheidungen für das wachsende Köln. Das Investitionsvolumen beträgt insgesamt über 268 Millionen Euro. Viel Geld, das zukunftsweisend für Schulerweiterungen und Neubauten verwendet wird.**

### Inklusive Universitätsschule

Dazu gehört an erster Stelle die Inklusive Universitätsschule (IUS) auf dem Ehrenfelder Heliosgelände. Es entsteht eine Schule mit einem durchgängigen pädagogischen Konzept von 1-13. Es wird eine echte Schule für Alle, die individuelle Förderung in den Mittelpunkt stellt. Eine Schule, die auch Lehrerbildung und wissenschaftliche Begleitung integriert und mit dem Stadtteil Ehrenfeld durch gemeinsame Nutzungen verbunden ist. Trotz mancher Annäherung an das Konzept der Gesamtschule, lehnen CDU und FDP dieses pädagogisch innovative Projekt ab. Ihr einziges Argument sind die Kosten. Mit dieser dürftigen Botschaft gehen sie in populistischer Manier auf Stimmenfang. Damit diese Schule schon im nächsten Schuljahr beginnen kann, muss sie bis zur Fertigstellung des Gebäudes andere Schulbauten nutzen. Den von der Verwaltung für die Klassen 5-8 vorge-



Foto: Oliver Mostert

geschlagenen Standort in Longerich halten die GRÜNEN für problematisch. Deshalb wurde die Verwaltung im Schulausschuss aufgefordert, einen Interimsstandort zu suchen, der sich in der Nähe des endgültigen Standorts befindet und keine Konkurrenzsituation mit der Gesamtschule Nippes schafft. Mit der Universität Köln soll eine angemessene finanzielle Beteiligung verhandelt werden. Die rot-grüne Mehrheit hat die Investitionskosten auf 91,41 Mio. Euro begrenzt.

### Schulzentrum Weiden

Der seit acht Jahren geplante Neubau des Schulzentrums Weiden wird nun endlich begonnen. Dadurch erhält das Gymnasium auch die Raumreserven, die es für die erwarteten Schülerzah-

len dringend benötigt. Die GRÜNEN sind zwar vom Finanzierungsmodell als ÖPP-Projekt nicht überzeugt. Aber ein Ausstieg zum jetzigen Zeitpunkt hätte eine weitere Zeitverzögerung zur Folge, die nicht akzeptabel ist. Im Rahmen dieses letzten von drei ÖPP-Losen werden auch die Realschulen Fürstenbergstraße und Lassallestraße und die Grundschule Wilhelm-Schreiber-Straße saniert bzw. erweitert.

### Ganztagsoffensive

Auch die Kaiserin-Theophanu-Schule und das Hildegard-von-Bingen-Gymnasium erhalten endlich die Erweiterungsbauten, die sie für Unterricht und angemessenen gebundenen Ganztags benötigen. Im Zuge der Ganztagsoffensive wird auch das Genoveva-Gymnasium in Mülheim baulich erweitert.

Auch die Krankenhausschule in Holweide, die Hilde-Domin-Schule, erhält nach vielen Jahren provisorischer Unterbringung endlich ein angemessenes Gebäude.

### Henoth-Gesamtschule

Ein weiteres zukunftsweisendes Projekt haben die Katharina-Henoth-Gesamtschule und die auslaufende Hauptschule Nürnberger Straße entwickelt, das mit dem nächsten Schuljahr beginnt: Die vereinbarte intensive Zusammenarbeit ermöglicht mehr Gesamtschulplätze durch Nutzung des Gebäudes in der Nürnberger Straße und bietet für das Kollegium der Nürnberger Straße eine gute Chance der Weiterbeschäftigung an ihrem alten Schulstandort.

Horst Thelen

### Gebäude9

Hat der bundesweit bekannte Musikclub „Gebäude9“ an der Deutz-Mülheimer-Straße keine Zukunft mehr? Auf dem ehemaligen Industrie-Areal der Kölnischen Gummifädenfabrik soll ein neues Stadtquartier entstehen. 2008 fand eine frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung zum städtebaulichen Planungskonzept „Euroforum Nord“ statt. Vorgesehen ist ein Stadtquartier mit gemischter Nutzung aus Wohnen, Büro, Dienstleistung und Kreativgewerbe unter Berücksichtigung denkmalgeschützter Industriebauten. Die GRÜNEN setzen sich für einen Verbleib des Musikclubs ein, auch, weil es zum Stadtquartier passt. Sie initiierten am 2. April zusammen mit der SPD einen Beschluss im Stadtentwicklungsausschuss. Demnach werden nun kurzfristig Gespräche mit dem Investor geführt, um entweder eine räumliche Alternative für den Musikclub auf dem Gelände zu finden oder durch Verschiebung der Baulinien die Weiternutzung des bislang genutzten Gebäudes zu ermöglichen. Die Anzahl der neu zu errichtenden Wohnungen soll nicht verringert werden. Aus Lärmschutzgründen droht ein Konflikt zwischen Wohnen und Musikclub. Während der Verbleib des Kunst- und Gewerbehofes durch einen langfristigen Vertrag gesichert wurde, ist das Gebäude 9 eine Zwischennutzung.

### Neue Mitte Porz

Der Rat wird den Kauf des leer stehenden Hertie-Gebäudes beschließen. Die langwierigen Verhandlungen mit dem Insolvenzverwalter Mogos-Lindemann von CR Investment Management über den Ankauf waren nun erfolgreich. Damit wird der Weg frei für eine Aufwertung des trostlosen Flecks am Friedrich-Ebert-Platz. Dies rechtfertigt auch den Verhandlungspreis. Eine Mischung aus Einzelhandel, Büros, Wohnen würde den Bereich wiederbeleben. Auch eine Verlagerung des Porzer Rathauses würde dazu beitragen. Der derzeitige Rathausstandort wäre hingegen für Wohnen sehr attraktiv und dafür gut vermarktbar. Als nächsten Schritt beabsichtigt das Wirtschaftsdezernat eine Machbarkeitsstudie als Grundlage für eine konkrete Projektentwicklung.

## Spielbank statt Schandfleck



Foto: Oliver Mostert

Ein Schandfleck verschwindet aus dem Stadtbild. Das Parkhaus an der Cäcilienstraße gegenüber dem Rautenstrauch-Joest-Museum wird voraussichtlich noch in diesem Jahr abgerissen. 2011 wurde auf grüne Initiative die Verlängerung der Erbpacht für den Parkhaus-Betreiber Contipark gestoppt, um für dieses städtische Grundstück eine der Umgebung angemessene städtebaulich bessere Nutzung zu ermöglichen.

Am 8. April wird der Rat das Grundstück an einen Projektentwickler veräußern, der im Auftrag von Westspiel ein Spielcasino errichten wird. Im Erdgeschoss ist Einzelhandel vorgesehen. Bereits am 15.12.2005 haben SPD, GRÜNE, CDU und FDP im Rat die damalige CDU/FDP-Landesregierung zur Erteilung einer Spielbank-Lizenz für Köln aufgefordert. Erst die rot-grüne NRW-Koalition hat dann vereinbart, dass Köln die fünfte Spielbank-Lizenz erhält. 50% der Spielbank-Bruttogewinne fließen an die gemeinnützige Stiftung Wohlfahrtspflege NRW. Die Stadt erhält 12% der Bruttoerträge. Das könnten 4 bis 5 Mio. Euro Mehreinnahmen für den Haushalt bedeuten. In 2012 änderten NRW und die übrigen Länder per Staatsvertrag die Glücksspielbestimmungen, um die Suchtbekämpfung zu verbessern und die Glücksspielkriminalität einzudämmen. Auch das öffentliche Spielangebot soll dem illegalen Glücksspiel entgegenwirken. *jf*



Foto: Oliver Mostert

## Mehr Offener Ganzttag



Foto: Oliver Mostert

26.500 Plätze und eine Ausbaquote von 75% - damit ist Köln weiterhin ganz vorne beim Ausbau an Plätzen für den Offenen Ganzttag an Grundschulen. Offener Ganzttag (OGS) ist in Köln eine Erfolgsgeschichte!

Die Plätze werden immer mehr angenommen. Ein Grund ist sicherlich auch der höhere pädagogische Standard. Mit 16,2 Mio. Euro unterstützt die Stadt den offenen Ganzttag. Die OGS-Angebote sind eine lohnende „Bildungsinvestition“, deren Qualität gesteigert werden soll. Einen Teil der zusätzlichen 2.500 Plätze wurden bereits mit der Verabschiedung des Haushalts 2013/14 am 30.04.2013 für das Schuljahr 2014/15 beschlossen. Die im März stattgefundene Elternbefragung hat darüber hinaus einen Mehrbedarf von weiteren 1.000 Plätzen festgestellt. Die GRÜNEN werden deshalb im Rat am 8. April nicht nur 1.500, sondern bedarfsgerecht 2.500 Plätze beschließen. Auffallend ist, dass die Stadtbezirke Chorweiler, Porz, Kalk und Mülheim zum Teil weit hinter dem Durchschnitt von stadtweit 75% liegen. Positiv lässt sich aber feststellen, dass auch in diesen vier Bezirken die Nachfrage steigt und die OGS-Plätze immer besser angenommen werden. *kj*

## Wohnraumschutzsatzung



Foto: Oliver Mostert

Gegen den Widerstand von CDU und FDP hat der Sozialausschuss mit rot-grüner Mehrheit eine Kölner Wohnraumschutzsatzung gebilligt, die der Rat am 8. April beschließen wird. Die CDU/FDP-Landesregierung hatte 2007 willkürlich das jahrzehntealte Zweckentfremdungsverbot außer Kraft gesetzt.

Zwischen 2007 und 2014 wurden zahlreiche Wohnungen in Anwaltskanzleien und Büros umgewandelt. Lange Leerstände nahmen zu. In jüngster Zeit werden Wohnungen zu „Hoteldepen-

dancen“ umgenutzt. So mieten Hotels Wohnungen in der Altstadt, um an oftmals lärmende Partytouristen weiter zu vermieten.

Die rot-grüne Landesregierung schuf ein Gesetz, dass die Kommunen zum Wohnraumschutz ermächtigt. Allerdings können nur Kommunen mit nachweislich hoher Wohnungsnachfrage eine solche Satzung erlassen. Köln ist laut unabhängiger Gutachten in NRW Spitzenreiter bei der „Wohnungsunterversorgung“. Laut § 4 der Satzung gilt nun: „Wohnraum wird zweckentfremdet, wenn er ...anderen als Wohnzwecken zugeführt wird.“ Dies ist z.B. dann der Fall, wenn Wohnfläche für gewerbliche oder berufliche Zwecke verwendet wird, wenn Wohnraum baulich so verändert wird, dass er unbewohnbar gemacht wird, wenn er länger als drei Monate leer steht oder wenn er durch Abbruch beseitigt wird. *oh*

## Clouth-Atelierhaus



Foto: Oliver Mostert

Die Künstlergemeinschaft CAP Cologne e.V. wird nun die Halle 29 an der Niehler Straße von der Entwicklungsgesellschaft „moderne stadt“ (51% Stadtwerke, 49% Stadt) erwerben. Das ist gut für die Kultur und auch für das entstehende Clouth-Quartier, weil dieses Projekt zur Lebendigkeit und Attraktivität dieses neuen Stadtviertels beiträgt. Die GRÜNEN haben den Verbleib von Künstlerateliers von Beginn an vorangetrieben. Laut einem von den GRÜNEN initiierten Ratsbeschluss am 18.07.2013 wurde „moderne stadt“ aufgefordert, die Halle 29 CAP Cologne zum Verkauf oder im Erbbaurecht anzubieten.

Aus einer kulturellen Zwischen- kann nun eine Dauernutzung werden. Das Quartier wird um ein kreatives Element bereichert, wie es das vom Rat in 2009 gebilligte Planungskonzept auch beabsichtigt.

Auf dem 14,5 ha großen Areal der ehemaligen Clouth-Gummiwerke entstehen in Teilen der alten Industriearchitektur Wohn- und Gewerbenutzungen. Die grünen Vorstellungen nehmen Gestalt an: Stadthäuser, Geschosswohnungsbau, frei finanziert und 30% öffentlich gefördert, Baugruppen, Künstlerateliers und Räume für kreative Berufe, Gastronomie und attraktive Freiflächen sollen sich zu einem Quartier mit eigenem Charakter mitten in Nippes verbinden. *jf*

**Haushaltsmittel für die Stadtbezirke**

# Mehr dezentral gestalten

In dieser Wahlperiode startete der Rat verschiedene Initiativen, die den Bezirksvertretungen Haushaltsmittel zur eigenen Gestaltung für ihren Bezirk in die Hand gibt.

## Bürgerhaushalt 2015

Im Bürgerhaushalt 2015 sollen die Stadtbezirke stärker als bisher einbezogen werden. Der Handlungsvorschlag der Stadtkämmerin Gabriele Klug sieht vor, dass die Bürger und Bürgerinnen im Beteiligungsverfahren zusätzlich konkrete Maßnahmen für ihren Stadtbezirk vorschlagen können. Dafür steht für jeden Bezirk ein zusätzliches Budget von 100.000 Euro bereit. Damit sollen schnell umsetzbare Verbesserungen erreicht werden, wodurch die Menschen vor Ort motiviert werden, sich an der Gestaltung ihres Lebensumfelds aktiv zu beteiligen. Die Bürgervorschläge werden wie bisher als TOP 25 gelistet, über die dann die jeweils zuständige Bezirksvertretung berät und dem Rat einen Entscheidungsvorschlag macht.

## Stadtklima

Das Vorgehen ist nicht neu. Erstmals im Haushalt 2011 führte die rot-grüne Mehrheit ein „Stadtklima- und Verschönerungsprogramm“ ein, das aus den Erträgen der Kulturförderabgabe finanziert wird. Den Bezirksvertretungen wurde dabei mehr Handlungsspielraum eingeräumt. Jeder Bezirk kann 100.000 Euro für Gestaltungsprojekte verwenden. Dadurch sind in dieser Wahlperiode bereits 3,6 Millionen Euro in die Stadtbezirke geflossen.

## Aufwertung der Plätze

Im Haushalt 2013/2014 stehen für 2014 insgesamt 2,4 Millionen Euro zur Aufwertung und Neugestaltung zentraler Plätze in Stadtbezirken bereit. Die rot-grüne Haushaltsmehrheit hat damit ein weiteres mit Haushaltsmitteln unterlegtes Programm für die Stadtbezir-

ke aufgelegt. Im ersten Schritt sollen Plätze in den Stadtbezirken Chorweiler, Mülheim und Porz aufgewertet und attraktiver gestaltet werden. In den Folgejahren sollen Mittel für die übrigen Stadtbezirke in die Haushaltsplanung eingestellt werden. Die jeweiligen Bezirksvertretungen sollen Plätze benennen und mögliche Maßnahmen zur Aufwertung skizzieren. Der Verwaltung kommt die Aufgabe zu, diese Aufwer-



Foto: Alexandra Ehting

tungsvorschläge für die einzelnen Plätze in einer Beschlussvorlage gebündelt darzustellen und dem Ausschuss Umwelt und Grün sowie dem Stadtentwicklungsausschuss zur Beschlussfassung vorzulegen. Der Finanzausschuss ist für die Mittelfreigabe zuständig.

## 1000 Bäume

Auf GRÜNE Initiative wurden im Doppelhaushalt 2013/2014 Mittel für die Neupflanzung von 1.000 Bäumen in allen Stadtbezirken beschlossen. Auch dieses Programm wird aus Erträgen der Kulturförderabgabe finanziert. Alle Maßnahmen sollen das Stadtklima nachhaltig zu verbessern und das Erscheinungsbild öffentlicher Plätze und Grünflächen - insbesondere auch in den Stadtbezirken und Stadtteilen - aufwerten.

Jörg Frank

## FRAKTIONSGESCHÄFTSSTELLE

### Bündnis 90 / Die Grünen im Kölner Rat

Rathaus - Spanischer Bau, Rathausplatz 1, 50667 Köln

**Tel.:** 0221 / 22125919 oder 22125920

**E-Mail:** gruene-fraktion@stadt-koeln.de

**Öffnungszeiten:** mo bis fr 9 – 12 Uhr; mo, di, do 13 – 16 Uhr; mi 13 – 19 Uhr

**Fraktionsvorstand:** Vorsitzende: **Barbara Moritz**; 1. stellv. Vorsitzender u. Geschäftsführer: **Jörg Frank**; 2. stellv. Vorsitzende: **Birgitta von Bülow**; Vorstandsmitglieder: **Kirsten Jahn, Andreas Wolter und Bürgermeisterin Angela Spizig.**

**Fraktionssitzung (Mittwochskreis):**

In der Regel mittwochs um 19:00 Uhr im spanischen Bau des Rathauses, Saal A15a, Erdgeschoss.

## BÜRGERMEISTERIN

### Angela Spizig

**Tel.:** 0221 / 22126063, **Fax:** 0221 / 22126064

**Mail:** angela.spizig@stadt-koeln.de

**Referent:** Christoph Goormann

**Mail:** christoph.goormann@stadt-koeln.de

## ARBEITSKREISE

Die Fraktionsarbeitskreise tagen in der Regel während der Sitzungszeit monatlich im Fraktionsbüro, Rathaus Spanischer Bau, Rathausplatz 1. Die aktuellen Termine erfahren Sie entweder telefonisch (22125919) oder per eMail (gruene-fraktion@stadt-koeln.de). Im folgenden die Übersicht der verantwortlichen Ratsmitglieder (Sprecher & Sprecherinnen) für die jeweiligen Politikbereiche:

<b>Bauen:</b>	<b>Gerd Brust</b>
<b>Finanzen:</b>	<b>Jörg Frank</b>
<b>Frauen:</b>	<b>Kirsten Reinhardt</b>
<b>Gesundheit:</b>	<b>Stefan Peil</b>
<b>Jugendhilfe:</b>	<b>Kirsten Jahn</b>
<b>Kultur:</b>	<b>Brigitta von Bülow</b>
<b>Liegenschaften:</b>	<b>Manfred Richter</b>
<b>Rechnungsprüfung:</b>	<b>Manfred Waddey</b>
<b>Schule &amp; Bildung:</b>	<b>Horst Thelen</b>
<b>Soziales:</b>	<b>Ossi Helling</b>
<b>Sport:</b>	<b>Elisabeth Thelen</b>
<b>Stadtentwicklung:</b>	<b>Barbara Moritz</b>
<b>Stellenplan/Personal:</b>	<b>Brigitta von Bülow</b>
<b>Umwelt:</b>	<b>Matthias Welpmann</b>
<b>Verkehr:</b>	<b>Bettina Tull</b>
<b>Verwaltung:</b>	<b>Andreas Wolter</b>
<b>Wirtschaft:</b>	<b>Jörg Frank</b>
<b>Queer-AK:</b>	<b>Andreas Wolter &amp; Elke Hausner</b>

## Impressum

**Herausgeberin/Verlegerin:** Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Kölner Rat, Rathausplatz 1, 50667 Köln

**Tel.:** (0221) 22125919; **Fax:** (0221) 22124555

**E-Mail:** gruene-fraktion@stadt-koeln.de

**Redaktion:** Jörg Frank (ViSdP), Barbara Moritz

**Autoren & Autorinnen dieser Ausgabe:**

Gerd Brust (gb), Jörg Frank (jf), Kirsten Jahn (kj), Ignatz Igel (ii), Ossi Helling (oh), Barbara Moritz (bm), Horst Thelen (ht), Brigitta von Bülow (bb), Matthias Welpmann (mw)

**Realisation:** Einblick Verlag Köln, Tel. 0221 / 510 65 50,

**Bezug:** kostenlos

**Erscheinungsweise:** 10 mal jährlich

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 31.03.2014

Die nächste Ausgabe erscheint am 09.05.2014

**Rathaus Ratlos im Internet**

www.gruenekoeln.de

**Technische Realisation:** Regina Kobold

**E-Mail:** regina.kobold@stadt-koeln.de

# ABO?

**Rathaus Ratlos KOSTENLOS!**

Es gibt zwei Möglichkeiten:

1. E-Mail an gruene-fraktion@stadt-koeln.de
2. oder Postkarte an: GRÜNE im Kölner Rat, Rathausplatz 1, 50667 Köln

Bitte geben Sie an, ob Sie per Post die Printausgabe oder eine PDF-Datei als E-Mail erhalten wollen.



Grafik: Circle Development GmbH

## „Rotes Haus“ wird Boardinghaus

Das prominente städtische Grundstück am Alter Markt neben der Rathautreppe wird endlich bebaut. Der Investor Colonia Grundvermögen erwirbt das Grundstück und stellte im Gestaltungsbeirat seine Pläne vor. Über zwei Ebenen entsteht ein Restaurant mit Eingängen am Alter Markt und der Bürgerstraße auf Rathausebene. Die weiteren Geschosse beherbergen 15 Boardinghouse-Appartements. Im Gestaltungsbeirat wurden die geplanten Garagen an der Bürgerstraße kritisiert, wodurch der Weg zum Aufzug zweimal verschwenkt werden müsste und unnötige Angsträume entstünden. Hier soll nun nachgebessert werden.

Der Verkauf geht auf einen Vorschlag der GRÜNEN bei den Haushaltsbeschlüssen 2012 zurück, die sich bei den rot-grünen Haushaltsverhandlungen mit

der Wiederbebauung des Grundstücks durchsetzen. So wird die städtebauliche Einfassung des historischen Alter Markts wiederhergestellt. Außerdem setzten sie durch, dass der U-Bahn-Aufzug bis auf die Höhe der Bürgerstraße führt, damit nicht nur der Alter Markt, sondern auch das Rathaus barrierefrei erreichbar ist. Durch den Zugang vom Rathaus zum Aufzug quer durch das Gebäude wird der nutzbare Raum reduziert und ist für eine städtische Büronutzung ungeeignet. Der Grundstücksverkauf wurde öffentlich ausgeschrieben und nach Höchstgebot vergeben.

Im „Roten Haus“ befand sich von 1985 bis 2004 die Geschäftsstelle der grünen Ratsfraktion. Für den U-Bahn-Bau wurde das Haus abgerissen. Heute befindet sich dort nur der im „Finnensauna-Dekor“ verkleidete provisorische U-Bahneingang. gb

## Ratsreporter Ignatz Igel



## Aufgespießt

Das ist noch mal gutgegangen. Auf der Grünfläche vor dem Zoo-Eingang wird nun kein 32 Meter hohes Gasometer aufgestellt. Gasometer? Für die von der Zoo AG produzierten Faulgase? Mitnichten. Architekt und Foto-Künstler Yadegar Asisi möchte in diesem Turm fünf Jahre lang ein 360Grad-Panorama von Amazonien präsentieren. In Berlin zeigt er die Mauer an einem fiktiven Herbsttag im Kalten Krieg und in Dresden die zerstörte Stadt nach den Bombenangriffen 1945. Der Standort des Betrachters der Bild-Animation befindet sich virtuell auf dem Dresdener Rathausurm. „Ground Zero“ und den Untergang der Titanic hat der Mann in Planung. Mehr Besuchende versprochen sich die Zoo-Chefs davon. Zuviel vordergründige Showeffekte können aber für das Zoo-Image auch nachteilig sein. Für das Stadtbild wäre dieser Fauxtour eine Last. Gut, dass sich dafür keine Ratsmehrheit findet.

Das gilt wohl auch für den Schildbürgerstreich am Breslauer Platz. Der Kreisverkehr soll durch einen 7 Meter hohen „Obelisk of Tutanchamun“ aus Karbonfaser dauerhaft aufgehübscht werden. Der Obelisk der Künstlerin Rita McBride wurde Wettbewerbssieger beim Sparda-Kunstpreis. Nun will die Bank der Stadt das Teil schenken. Der Rat habe es angeblich bestellt. Ein Ausschuss- oder Ratsbeschluss wurde aber nie gefasst. Der Kunstbeirat lobt den Spieß als Bereicherung der „ausgesprochen heterogenen baulichen Situation am Breslauer Platz“. Eigentlich eine treffend sarkastische Umschreibung der ungeklärten Verhältnisse zwischen „KVB-Tempel“ und „Blauem Müllsack“.

Seit Jahren wird über mehr Qualität für Kölns Plätze gestritten. Kölns Schwäche sind hässliche Plätze und die willkürliche Möblierung des öffentlichen Raums. Nicht von ungefähr ist die Gestaltung der Innenstadtplätze ein Schwerpunkt im Masterplan Innenstadt. Weniger wäre oft mehr.

## Termine

**Montag, 28. April, 19.00 Uhr**  
Grüne KreisMitgliederversammlung  
Wahlkampfauftakt  
Alte Feuerwache, Melchiorstr. 3

**Donnerstag, 1. Mai**  
Heraus zum 1. Mai!  
GRÜNE sind dabei!  
DGB-Demonstration ab 11.30 Uhr  
Hans-Böckler-Platz

DGB-Kundgebung ab 13.00 Uhr  
Heumarkt

**Sonntag, 25. Mai, 8 bis 18 Uhr**  
Wahltag  
Europa-, Kommunal- und Integrationswahl

**Dienstag, 24. Juni, 15.30 Uhr**  
Konstituierende Ratssitzung  
Rathaus, spanischer Bau